

Vertane Chance?

Foto: ETF Leuven



Der Gründungsvertrag für das Institut für Islamische Theologie der Humboldt-Universität Berlin sieht vor, nach drei Jahren auch liberale Islamvertreter in den Beirat berufen zu können. Doch die nun über den Vertrag abstimmenden konservativen Verbände verkörpern allein die Regierungen in Ankara und Teheran, schreibt CHRISTINE SCHIRRMACHER im duz-Gastkommentar.

Sprachfähige islamische Theologen auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes als Religionslehrer und Imame auszubilden, gilt als Gebot der Stunde. Ist es aber auch ein Gebot der Stunde, all diejenigen außen vor zu lassen, deren Grundgesetztreue außer Frage steht, und stattdessen die an den Verhandlungstisch zu holen, die mit Regierungen im Ausland oder mit islamistischen Kreisen gut vernetzt sind? Wird das zu einer Öffnung und Pluralisierung der islamischen Theologie in Deutschland führen?

Im Berliner Beirat werden bei der Berufung der zukünftigen Theologie-Professoren neben vier externen Hochschullehrern (vermutlich aus anderen Instituten für islamische Theologie) fünf Vertreter islamischer Dachverbände sitzen, ergänzt von zwei Beratern der Humboldt-Universität (HU). Die Verantwortlichen dieser Konstruktion haben damit exklusiv die islamischen Verbände und die Minderheit von Muslimen, die sie vertreten, zu Repräsentanten aller Muslime in Deutschland aufgewertet. Zugleich wurden der dringend notwendigen wissenschaftlichen Entfaltung der islamischen Theologie Handschellen angelegt.

Leider gehört dem Beirat nicht ein einziger unproblematischer Dachverband an: die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) mit ihrer Nabelschnur zur türkischen Religionsbehörde Diyanet; die Islamische Föderation Berlin (IFB), der Verfassungsschützer „extremistische Bestrebungen“ und Verbindungen zur islamistischen Milli-Görüs-Bewegung vorwerfen; der Verband Islamischer Kulturzentren (Vikz), den ein Gutachten der hessischen Regierung als abschottend und separatistisch beurteilte und die Kölner Polizei als „antidemokratisch und antijüdisch“; der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der eine streng konservative, Scharia-orientierte Koranauslegung befürwortet und über seine Mitglieder mit der islamistischen Muslimbruderschaft verbunden ist, und die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS), die vom Verfassungsschutz beobachtet wird und mit dem iranischen Mullah-Regime vernetzt gilt. So bestimmen also die Regierungen in Ankara und Teheran mit, was an der HU gelehrt werden darf – es ist kaum denkbar,

dass ein anderes universitäres Institut in Deutschland seinen Beirat mit solchen Mitgliedern führen dürfte.

Mit der Aufwertung der Verbände als einzigen Kooperationspartnern hat man das Institut fest an der Boje stark konservativer bis Scharia-orientierter Positionen auf dem Meeresgrund verankert, aus dessen Schlick immer wieder extremistisch gefärbte Vorkommnisse oder Kooperationspartner an der Oberfläche erscheinen. Die wünschenswerte Öffnung und Pluralisierung der Theologie nach akademischen Grundsätzen ist mit diesem Beirat kaum zu erwarten. Die große moderat-unpolitische Mehrheit der Muslime in Deutschland wird an diesem Institut nicht

vertreten, geschweige denn irgendeine progressiv-liberale Strömung. Außerdem sind die Verbände keine Religionsgemeinschaften: Sie werden überwiegend nicht von Theologen, sondern von Funktionären geführt und verfolgen in Deutschland eher politische und soziale als religiöse Belange. Dennoch sind die Verbandsvertreter in Berlin jetzt berechtigt, Bewerber für die Lehr-

stühle „aus religiösen Gründen“ abzulehnen, ebenso wie aufgrund von deren „Lebensführung“. Da werden sich manche Hoffnungsträger des Faches gar nicht erst zu bewerben brauchen.

In Berlin wurde ohne Not eine große Chance vertan, aber nicht nur das: Wie bekannt wurde, hatten die Verbände kategorisch ausgeschlossen, unpolitisch-moderate und progressiv-liberale muslimische Vertreter im Beirat zu akzeptieren: Sie drohten mit Verweigerung ihrer Unterschrift unter die Gründungsurkunde und Rückzug aus dem Projekt. Diesem Diktat der Verbandsvertreter und ihrem Alleinvertretungsanspruch haben sich die Verantwortlichen gebeugt. Wie wird es wohl um den wissenschaftlichen Ertrag und die Freiheit von Forschung und Lehre an einem solchen Institut bestellt sein?

Kontakt

Prof. Dr. Christine Schirmacher ist Islamwissenschaftlerin am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Uni Bonn
christine.schirmacher@uni-bonn.de
www.ioa.uni-bonn.de/abteilungen/islamwissenschaft

Islamische Theologie in Handschellen